

Technische Universität Dresden
Institut für Soziologie
Lehrstuhl für Mikrosoziologie
Lehrender: Bernhard Wagner

Dirk Meusel
Matrikelnummer: 2470356
Dipl.- Soziologie

Hauptseminar „Nonkonformes Verhalten“
SS 1998

THEMA:

**„DIE OPPOSITION IN DER DDR –
NONKONFORMITÄT ALS WIDERSTAND UND OPPOSITION“**

Inhalt

Inhalt	2
1. Einleitung	3
2. Normen und Nonkonformität.....	4
2.1. Entstehung, Bedeutung und Funktionen von Normen	4
3. Widerstand und Opposition als Begrifflichkeit	6
3.1. Bisherige theoretische Ansätze	6
3.2. Typen von Opposition und Widerstand	9
4. Struktur der Opposition in der DDR.....	13
4.1. Strömungen der DDR Opposition	15
4.2. Die Rolle der Kirchen in der DDR.....	18
4.3. Politisch-Alternative Gruppen im Raum der Kirche	19
4.4. Beweggründe Einzelner, in politisch-alternativen Gruppen aktiv zu werden ..	21
5. Umweltbibliothek Berlin	23
6. Zusammenfassung	25
7. Anhang.....	27
7.1. Geschichtliche Eckpfeiler der DDR-Opposition	27
8. Literaturverzeichnis	28

1. Einleitung

Betrachten wir eingangs einen Junglehrer im Ostdeutschland der Nachkriegszeit. Die ideologischen Fehler seines Vaters nicht zu wiederholen gewillt, stellt er sich der Überzeugung neu aufblühender sozialistischer Ideale, worauf auch sein Studium als Neulehrer beruht. Unser Held findet und heiratet eine Frau aus bürgerlichem Hause, bald steht auch der Nachwuchs an. Eine Taufe hat die Norm des alten, überkommenen angenommen. Christliche Traditionen gehören nicht in eine sozialistische Welt. Keine Taufe also und atheistische Erziehung werden angestrebt.

Es siegen jedoch die konsequenten Worte des traditionell eingestellten Schwiegervaters. Der Kompromiss zugunsten einer Taufe stellt den Familienfrieden über die eigene Anschauung. Man wählt einen Ort, der geographische Entfernung bietet. - Als Postbote am Hebel der Nachrichten sitzend bessert sich gut das eigene Gehalt auf. Noch dazu, wenn die Information über eine Taufe einer Postkarte so einfach zu entnehmen sind. Des Neulehrers Nachwuchs in christlicher Tradition? Nicht sein kann, was nicht sein darf.

Parteiliche Abmahnung und Abordnung als ‚Bewährung‘ an eine Nachbarschule folgen schneller als überhaupt eine solche Möglichkeit durch unseren Helden in betracht gezogen worden wäre. Gab es diese anfänglich eigenen Erwägungen gegen eine Taufe in dieser Form schon als Norm oder wurde hier ein Anlass geboten, andere Konflikte mit einer vermeintlichen Existenz dieser Norm auszutragen?

Diese frei erfundene Geschichte könnte sich in der DDR in vielen möglichen Variationen zugetragen haben. Nonkonforme Handlungen hängen von der Norm ab, innerhalb welcher sie agieren bzw. der Handelnde sich glaubt zu befinden. Unser gedankliches Beispiel zeigt zwei Punkte: Zum einen, dass Normen eine weiche Grenze haben können, derer man sich umso weniger bewusst wird, je weniger explizit und je mehr überschneidend verschiedene Normen ineinander greifen. Zum zweiten, dass Nonkonformität als Beobachtungsgegenstand gewissen Grenzen unterliegt. Intention und Interpretation einer Handlung als nonkonform können schnell voneinander abweichen.

Betrachtet man nonkonformes Handeln als Opposition und Widerstand, so sind ebendiese Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Ist Nonkonformität als ein bewusstes Mittel zur Opposition eingesetzt oder glaubt sich der Handelnde noch innerhalb einer allerdings nicht formal beschriebenen Norm? Bietet die Überlagerung verschiedener Normen Unklarheiten in bezug auf das spätere Wirken der eigenen Handlung? Können Normen somit ihre eigenen Leistungen wieder zerstören?

Diese Arbeit vollzieht die Untersuchung von Opposition und Widerstand aus der soziologischen Sicht von Nonkonformität nach und gibt damit einhergehende Erklärungsmuster und Begriffseingrenzungen. Die These dabei ist, dass in vielen Fällen

des DDR Alltags das von den Handelnden als das Normal betrachtete (durch die willkürliche Interpretation des Staates) in Nonkonformes uminterpretiert wurde.

2. Normen und Nonkonformität

Um Nonkonformität als Widerstand und Opposition in der DDR darstellen zu können, soll zunächst eine theoretische Betrachtung ‚Nonkonformität‘ von anderen Begriffen abgrenzen. Entscheidend ist dabei nicht eine erneute Definition des Begriffs, sondern die Frage, wie der er mit dem Begriff des ‚Widerstands‘ in Beziehung gesetzt werden kann.

Marshall (1998) verweist unter ‚non-conformism‘ auf ‚aberrant behaviour‘. Damit bezeichnet er ein irreguläres Verhalten, welches von dem abweicht, was als normal angesehen wird und vornehmlich heimlich sowie aus Gründen des Selbstinteresses ausgeführt wird. Im Gegensatz dazu unterscheidet er ‚non-conforming behaviour‘ als die öffentliche Verletzung sozialer Normen, welche mit dem Interesse ausgeführt wird, sozialen Wandel zu fördern (Marshall 1998: 1).

Nonkonformität, als Gegensatz zu Konformität, zeichnet sich somit durch einen Bezug zu *sozialen Normen* aus. Die Verletzung von Normen ergibt Nonkonformität. Soll Widerstand und Opposition als Nonkonformität diskutiert werden, ist es wiederum wichtig, die implizierten Normen des politischen Diskurses der DDR zu betrachten.

2.1. Entstehung, Bedeutung und Funktionen von Normen

In dem Versuch, zeitliche und situative Beständigkeit des Handelns von Akteuren durch das Wirken von Normen zu erklären, grenzt Neuberger (1985) zunächst die Begriffe *Einstellungen*, *Struktur*, *Rechte* und *Norm* voneinander ab. Dabei bezeichnen *Einstellungen* erworbene Handlungsbereitschaften, die Ausdruck einer latenten Haltung der Person gegenüber Objekten und Inhalten ihrer Umwelt sind. Als *Struktur* sieht er das Gefüge sozialer Rollen, in dem die widersprüchliche Verflechtung der einzelnen Rolle verwirklicht ist.

Rechte, als Sonderform kodifizierter Normen, sind Forderungen und Erlaubnisse, deren Durchsetzung durch Einsatz staatlicher Gewalt abgesichert ist. Schließlich stellt sich die *Norm* als die für eine Personmehrheit verhaltensprägende Ge- und Verbotsqualität, welche aber auf menschlichen Handlungen in zumindest umrisshaft abgegrenzten Situationsklassen bezogen ist (Neuberger 1985: 115). Damit wird die sozial geteilte Erwartung eines Verhaltens beschrieben, welche kulturell als gewünscht und angemessen angesehen wird und denen der formelle Status von Regeln und Vorschriften fehlt.

Aus einer gruppenpsychologischen Perspektive beschreibt Forsyth (1999) anhand eines fatalen Flugzeugabsturzes in den Anden die Entwicklung von Normen in einer Gruppe. Die Überlebenden, welche mehrere Monate auf einem Schneeplateau gefangen waren, bildeten unbewusst in dieser Situation eine Gruppenstruktur aus, welche sich auf einem

gemeinsamen Ziel begründete. Für die Erreichung dieses Ziels folgten die Mitglieder dieser Gruppe bald einem gemeinsam geteiltem Set von Regeln.

Daraus beschreibt Forsyth *Normen* als neu entstehende, konsensuelle Standards für die Regulierung des Verhaltens der Gruppenmitglieder. Diese zeigen die Richtung, geben Motivation, organisieren soziale Interaktionen und machen anderer Menschen Reaktionen vorhersehbar und bedeutsam. Obwohl die Mitglieder der Gruppe durch Normen eingeschränkt werden, profitieren sie auch von der Ordnung, welche Normen schaffen. Damit definiert sich Norm als ‚the normal course of action‘ (Forsyth 1999: 120).

Im weiteren werden Normen aufgrund der Behandlung einer Verletzung dieser Normen durch andere Gruppenmitglieder unterschieden. *Deskriptive* Normen beschreiben die Art und Weise, wie Menschen gewöhnlich handeln. Sie definieren, was die meisten Menschen in einer spezifischen Situation tun, fühlen oder denken würden. Menschen, die sich nicht an diese Norm halten werden als *ungewöhnlich*, unnormal angesehen.

Verfügende oder *vorschreibende* (*injunctive* oder *prescriptive norms*) Normen sind nachvollziehbarer und beschreiben die Art und Weise des Verhaltens, wie Menschen handeln sollten. Akteure, die diese Normen verletzen werden als *schlecht* angesehen bzw. bieten Grund für eine *Sanktion* durch andere Gruppenmitglieder. Forsyth gibt folgende Zusammenfassung über die Merkmale von Normen in einer Gruppe:

- (a) Die meisten Normen entwickeln sich graduell; (b) Normen dienen als Bezugsrahmen für Verhalten und Wahrnehmungen; (c) Meistens basiert die Entwicklung von Normen auf einem Konsens zwischen den Mitgliedern, auch ‚reziproker Einfluss‘ genannt; (d) Informationen in den Reaktionen anderer werden zum Überdenken eigener Ansichten verwendet, bis theoretisch ein Konsens erreicht ist (siehe auch das Lichtpunktexperiment von Sherif 1936); (e) Niedergeschriebene Normen werden meist als formelle Gruppenregeln anerkannt; (f) Normen entwickeln sich in Gruppen, wann immer der Kontext einer Situation zu wenig Information bietet, um Handlungen zu leiten oder Überzeugungen zu formulieren; (g) Normen können mehrere Generationen überdauern, auch wenn das die Norm schaffende Individuum nicht mehr präsent ist; (h) Gruppen internalisieren Normen, indem sie diese als legitime Standards für ihr Verhalten akzeptieren; (i) Eine sich einmal etablierte Norm wird zu einem sozialen Fakt, zu einem Teil der stabilen Struktur der Gruppe; (k) Populäre Individuen setzen Normen durch; und (l) Auch Normen, welche gegensätzlich zur allgemeinen gesellschaftlichen Tradition sind, können in kleinen Subgruppen innerhalb dieser Gesellschaft existieren (Forsyth 1999: 123 f.).

Diese Zusammenfassung bezieht sich auf Normen aus einer Kleingruppenperspektive. Aber auch wenn man das Handeln von Individuen innerhalb eines Staates beschreiben will, kommt man zu ähnlichen Eigenschaften von Normen. Aus dieser Perspektive beschreibt Neuberger (1985: 122 f.) die Funktionen von Normen auf fünf Ebenen.

Erstens führen diese zu einem *Schutz vor Willkür und Unberechenbarkeit*, indem man die Bedingungen kennt, die einen ungeschoren oder gar geachtet sein lassen.

Zweitens die *Verschleierung, Verstetigung, Universalisierung von Herrschaft*. Normen kodifizieren die Interessen der Herrschenden und verstärken diese im alltäglichen Handeln der Akteure. Drittens geben Normen *Realitätsdefinitionen*. Sie bestimmen, was gut und schlecht, was Freund und Feind ist und grenzen das eine vom anderen ab. Dadurch stiften Normen Homogenität und ermöglichen dadurch soziale Identität als Verortung in einem Beziehungs- und Handlungsnetz.

Viertens dienen Normen der *Regulierung der sozialen Beziehungen*. Sie schaffen Ordnung und Sicherheit in Bezug auf das vom Anderen Erwartbare. Die Handlungen Anderer werden damit verständlicher. Fünftens schaffen Normen eine *Entlastung von ständig erneuter Problemlösung*.

Auch die Entstehung von Normen findet auf einer höheren Ebene als der von Kleingruppen einen relativen gleichen Ausdruck: (a) Man übernimmt sie als Mitglied von Gruppen und wechselt diese mit einem Gruppenwechsel; (b) Normen bilden sich als gemeinsam bewährte Problemlösungen heraus und ändern sich mit den Problemen; (c) Normen sind Ausdruck von Herrschaft und Interessen, und sind als Selbstbeherrschung verinnerlicht; sowie (d) sind sie bewährte Schemata der Wirklichkeitsdefinition und der konsensuellen Realitätsprüfung (Neuberger 1985: 135).

Damit stellt sich für die Untersuchung von Opposition und Widerstand die Frage, inwieweit solche Handlungen diese Funktionen von Normen bewusst oder unbewusst aufbrechen. Inwieweit ist oppositionelles Handeln überhaupt als nonkonformes Handeln intendiert, oder ist es im Gegensatz dazu vom jeweiligen Staatssystem erst als eine Verletzung bestehender Normen interpretiert bzw. willkürlich ausgelegt.

3. Widerstand und Opposition als Begrifflichkeit

Widerstand und Opposition zu einem politischen System kennt viele parallel existierende Begriffe, welche häufig mit unterschiedlichster Bedeutung Verwendung finden. Widerstand, Opposition, Protest, Resistenz, Verweigerung, Nonkonformität und Dissidenz sind solche Begriffe, welche in diesem Abschnitt in Bezug zueinander gestellt werden. Mit Hilfe verschiedener Ansätze zur Klassifizierung devianten politischen Verhaltens können wichtige Unterscheidungsmerkmale gewonnen werden. Zum ersten soll geklärt werden, wie die wissenschaftliche Betrachtung das DDR System in Bezug auf seine oppositionellen Gruppen sah.

3.1. Bisherige theoretische Ansätze

Dem Bestreben, bestehende wissenschaftliche Ansätze für die Erklärung politischen Protests auf die DDR Opposition anzuwenden, stehen verschiedene Schwierigkeiten

gegenüber. Ein entscheidender dabei ist die Art und Weise, wie man das DDR System an sich betrachtet und beschreibt. Daraufhin relativiert sich auch die Beschreibung des Protests in dieser Gesellschaft und dessen Bedeutung. Rink und Pollack (ebd.) fassen verschiedene solcher Ansätze zusammen.

Eine erste Möglichkeit ist, das DDR System dem Konzept von Totalitarismus gleichzustellen. Abweichende Verhaltensweisen werden dann als grundsätzliche Opposition gegen das Herrschaftssystem oder als Anpassung an das System eingestuft. Ambivalente Formen des Verhaltens dagegen werden weitgehend ausgeblendet. Gerade diese sind aber besonderes Merkmal des Protests in der DDR. Damit fehlt diesem Ansatz „die Fähigkeit, die DDR Verhältnisse in ihrer Differenziertheit und Widersprüchlichkeit und damit auch den Protest in seiner Ambivalenz wahrzunehmen“ (Rink, Pollack 1997: 8). Die Kritik zu diesem Ansatz bezieht sich hauptsächlich auf den dichotomen Charakter der Betrachtung von Anpassung und Opposition und dessen Unfähigkeit, die stattgefundenene Entwicklung der DDR Opposition zu beschreiben.

Ein zweiter Ansatz behandelt die DDR als eine gleichgeschaltete, homogenisierte und entdifferenzierte Gesellschaft, in welcher kaum Formen des Protests, der Resistenz und Dissidenz erkennbar gewesen seien. Der Widerspruch gegen das System habe sich erst mit dem Untergang der DDR herausgebildet und einer potentiellen Opposition habe das demokratische Feuer gefehlt (ebd.). Beweggründe für eine solche Sicht wurden im Festhalten des DDR Widerstandes am Sozialismus und in einem gestörten Verhältnis zur demokratischen Staatsform gesehen. Rink und Pollack stellen in ihrer Kritik zurecht die Frage, wo dann die Protestbewegung von 1989 überhaupt her kam.

Als dritten Ansatz diskutieren die Autoren die Anwendbarkeit der Sicht auf Bürgerbewegungen und oppositionelle Gruppen in der DDR als Neue Soziale Bewegungen (NSB). Auch hier ist die Beantwortung abhängig von der Definition der DDR-Gesellschaft als entweder Industriegesellschaft oder anderenfalls als postindustrielle Gesellschaft. Rink und Pollack finden dazu in der Literatur drei Positionen.

Zum ersten könnten die Gruppen unter dem Dach der Kirche sowie Bürgerbewegungen als NSB beschrieben werden, da sich in der DDR die selben Konfliktlinien ausfindig machen lassen, wie sie in den fortgeschrittenen modernen Gesellschaften des Westens vorkommen. Diese sind bestimmt durch „den Gegensatz zwischen wachstumsorientierter industriegesellschaftlicher Produktionsweise und der Kritik an den prekären Folgen des Gesellschaftsmodells“ (Rink, Pollack 1997: 17).

Die zweite Position wendet sich gegen die Übertragung der Ansatzes auf die ostdeutschen oppositionellen Gruppen, da sich die Gesellschaftskonstruktion der DDR deutlich von der westlichen unterscheidet, vor allem im Bezug auf die politische Monopolisierung der Herrschaft. Die Opposition sei gegen die Dominanz staatlicher Macht gerichtet, inhumane

Folgen der Industrialisierung seien nur sekundäres Ziel gewesen. Eine dritte (Mittel)Position geht von einer Überlagerung dieser Konfliktlinien aus, kann aber nicht erklären, welche nun dominiere (ebd.).

Da sich zwar Zusammensetzung und Struktur, nicht aber die Aktionsformen der oppositionellen Gruppen der DDR mit denen Neuer Sozialer Bewegungen gleicht, plädieren die Autoren dafür, erstere eher als blockierte Opposition zu charakterisieren. Aufgrund der fehlenden Zugänge zum politischen System und der nicht vorhandenen Öffentlichkeit konnten diese keinen manifesten Bewegungscharakter im Sinne flächendeckender, in die Öffentlichkeit drängender mobilisierter Netzwerke annehmen. Vielmehr seien diese Gruppen als eine latente kulturelle Gegenbewegung zu interpretieren und damit als eine spezifisch ostdeutsche Erscheinungsform zu kennzeichnen (Rink, Pollack 1997: 20).

Zwar wurden in solchen Gruppen, wie weiter unten noch gezeigt wird, auch ein allgemeines gesellschaftliches Unbehagen gegenüber den Folgeproblemen der modernen Gesellschaft thematisiert, wie z.B. Umweltprobleme, jedoch waren diese direkt auf den DDR Staat bezogen. Da der DDR Staat alleiniger ‚Ansprechpartner‘ und Entscheidungsinstanz in industriellen, wirtschaftlichen wie auch politischen Fragen war, so waren auch alle damit verknüpften Probleme eingebettet in direkte Kritik an den Staat. Beispielsweise führte somit Unbehagen an Umweltproblemen zu direkter Kritik an staatlichen Industriebetrieben und damit am Staat. Eine lediglich problembezogene Kritik war schwerer denk- und durchführbar, ohne allgemeine Systemgegnerschaft darzustellen.

Eine weiterhin oft benutzte Analogie ist der Vergleich von Opposition im DDR Staat mit der im NS Staat. Hier zeigt sich die von Rink und Pollack (1997: 9) festgestellte Tendenz zur Überbetonung der Bedeutung des Protests in der DDR durch Wissenschaft und Öffentlichkeit (als Gegenpol der oben beschriebenen Unterbetonung). Stöver (1997) streicht Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen beiden Diktaturen heraus, um die Anwendbarkeit seines, durch die Forschung über das Dritte Reich gewonnenen, begrifflichen Instrumentariums zu testen (siehe auch nächsten Abschnitt).

Gemeinsam sei beiden deutschen Diktaturen gewesen, dass man um das Ziel einer „neuen Gesellschaft“ willen Gehorsam und Gefolgschaft radikal einforderte und Dissens mit Sanktionen belegte. Beide Staaten waren Einparteienstaaten mit institutionalisierter Ideologie, mit Massenbeeinflussung und Massenüberwachung. Eine bedeutende Rolle spielten in beiden Staaten die Propagierung der Abkehr von bürgerlichen und liberalen Prinzipien, wodurch generell alle Bereiche dem staatlichen Zugriff unterstellt wurden. Weiterhin zeichneten sich beide Staaten durch ihre Furcht vor möglicher Opposition aus (Stöver 1997: 43).

Wichtige Unterschiede lassen sich jedoch in der ideologisch entgegengesetzten Ausrichtung erkennen, der damit verbundenen Rassenpolitik und einer charismatischen Führung des NS Staates. Verbunden mit der Dauer der Existenz sowie einer zweiten und dritten Führungsgeneration (welche sich in der Bevölkerung auch erst legitimieren oder profilieren muss) kann man für die DDR Bevölkerung eine weitaus schwächere Akzeptanz der Ideologie folgern (Stöver 1997: 44). Damit scheint eine Unterscheidung in totalitär (NS) und autoritäre Staatsform (DDR) sinnvoll.

Die tiefgreifenden Unterschiede beider Systeme, vor allem im Bezug auf die Rassenpolitik, welche für die betroffenen Akteure eine unausweichliche Existenzbedrohung darstellte, sollten also einen direkten Vergleich oppositioneller Verhaltensweisen verbieten. Dennoch kann man aus der Analyse beider Systeme eine gemeinsame Begrifflichkeit entwickeln, wie sie im nächsten Abschnitt beschrieben ist. Stöver schreibt zu seiner Herleitung:

Es geht vielmehr darum, ob beide moderne Diktaturen nach ähnlichen Regeln funktionierten und man deswegen das für das Bevölkerungsverhalten im Dritten Reich entwickelte begriffliche und methodische Instrumentarium auch für die DDR verwenden darf (Stöver 1997: 43)

3.2. Typen von Opposition und Widerstand

Bei einer Kategorisierung von Begriffen des politischen Protests stellt sich bei der Betrachtung von autoritären oder totalitären Systemen die Schwierigkeit der Einordnung von intendiertem und nicht intendiertem nonkonformen Verhaltensweisen. Politische Systeme, welche Kritik oder Protest nur im geringen Masse bzw. gar nicht zulassen, schaffen gleichzeitig eine Unergründbarkeit solcher Verhaltensweisen und eine Willkür in ihrem Urteilen darüber. Ein Zitat von Rink und Pollack gibt dazu einen ersten Anhaltspunkt:

In gewisser Weise hat das repressive System der DDR seine Gegner selbst produziert. Wenn die Grenzen eng gesteckt definiert sind, dann geraten schon geringste Abweichungen auf die Seite protestativen Verhaltens, und völlig harmlose Handlungen, die überhaupt keine politische Intention verfolgen, werden zu staatsfeindlichen Akten (Rink, Pollack 1997: 8)

Die wichtige Frage für eine Definition von politischer Nonkonformität stellt sich damit in zumindest einer Dimension mit der Frage, inwieweit und wo das betrachtete Verhalten zwischen den beiden Polen ‚Beibehaltung traditioneller Handlungsweisen‘ und ‚politische Gegnerschaft‘ anzusiedeln ist.

Wie im vorangegangenen Abschnitt schon erwähnt, besteht eine Möglichkeit der Begriffsdefinition in der Übernahme der Begrifflichkeiten aus den Arbeiten über die Opposition im Dritten Reich. Hier findet sich eine erste Definition von ‚Widerstand‘ als „jedes aktive oder passive Verhalten [...], das die Ablehnung des NS-Regimes oder eines

Teilbereiches der NS-Ideologie erkennen lässt und mit gewissen Risiken verbunden ist“ (Jaeger 1977, zit. in Stöver 1997, 30).

Dieser Definition folgte bald der Begriff der ‚Resistenz‘, welche ganz allgemein die „... wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches [bedeutete], gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her“ (ebd.). Als unscharf kritisiert ist dieser Begriff zu weit und zu wertneutral, da dieser einfaches Verharren in traditionellen Mustern nicht von bewussten, politisch intendierten Handlungen abgrenzt.

Peukert (1982, zit. in Stöver 1997: 36) schlägt daraufhin ein vierstufiges Modell zur Kennzeichnung der Formen abweichenden Verhaltens im Dritten Reich vor, wie es Tabelle 1 zeigt.

Nonkonformität	Verweigerung	Protest	Widerstand
Bsp.: Nichtbeteiligung am häuslichen Eintopfsonntag	Bsp.: familiäre Verweigerung von NS Jugendinstitutionen	Bsp.: Anti- Euthanasie- Kampagne des Klerus	Verhaltensweise, welche den (NS)- Staat nicht als ganzes akzeptiert

Tabelle 1: Peukerts Modell zur Kennzeichnung der Formen abweichenden Verhaltens im Dritten Reich

Hauptaugenmerk dieses Modells ist die Beschreibung abweichenden Verhaltens als Prozess:

Die Einsicht in die Prozeßhaftigkeit widerständigen Verhaltens ist auch deswegen von Bedeutung, weil gerade die Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Regimegegnern häufig Maßnahmen waren, die den Übergang zum politischen Widerstand erst auslösten (Stöver 1997: 36).

Zwischen ‚Nonkonformität‘ und ‚Widerstand‘ wird hier ein Kontinuum des möglichen abweichenden Verhaltens beschrieben. Dabei wird zum einen eine Steigerung vom partiellen Handeln zum generellen Handeln beschrieben, zum anderen eine Steigerung vom privaten zum staatsbezogenen Handeln darstellt. Es handelt sich somit bei Nonkonformität um den Pol des Kontinuums, an welchem Normverletzungen den Nationalsozialismus nicht ablehnen und dessen *partieller Dissens* in seiner Reichweite der Systemkritik am geringsten ist sowie am weitesten im privaten Bereich stattfindet.

Trotz das die Arbeiterschaft im NS Staat wenig politisch motiviert war und ihr Hauptinteresse vielmehr auf ökonomischen Gebiet lag (Streiks wurden in diesem Zusammenhang häufig als Widerstand interpretiert), ist der Stufe ‚Nonkonformität‘ dennoch eine hohe Bedeutung zuzuschreiben. Folgendes Zitat widerspiegelt diese These von Stöver:

Das NS Regime, solange es individuelle ökonomische Verbesserungen auch bei möglichen Auswirkungen auf die Aufrüstung zu lies, konnte immer auf eine erhebliche Zustimmungsbereitschaft bauen und damit deviantes Verhalten bereits im Vorfeld verhindern ... trotzdem blieb eine Fülle diffuser Antihaltungen und unspezifischer Formen des Sich-Entziehens erhalten, ... Eigensinn, Resistenz und Nonkonformismus waren jene individuellen Formen der Devianz, die am wenigsten einer politischen Reflektion bedurften. [Dieser] ‚Rückzug ins Private‘ konnte heftige Reaktionen des Staates hervorrufen, da dieser die schleichende Zunahme diffuser Antihaltungen fürchtete (Stöver 1997: 41).

Zu einem gewissen Masse kann man diese Tendenz auch für die DDR feststellen. Unter Berücksichtigung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Staaten (siehe oben), kommt der Autor zu dem Schluss, dass man „insgesamt auch in bezug auf die DDR von einer ‚Gemengelage‘ zwischen partiellem Konsens und partiellem Dissens sprechen kann, obwohl wie gesagt das Ausmaß der Zustimmungsbereitschaft erheblich geringer ausfiel“ (Stöver 1997: 45).

Daraus ergibt sich eine Sonderform der Devianz in der DDR, die der *Dissidenz* (*Andersdenkender, Abweichler*). Sie beschreibt eine politisch bewusste Antihaltung mit dem Ziel, den Staat oder seine Ideologie von innen zu reformieren. Dabei hat der Dissident weder einen Machtanspruch, noch ist er von einem Wiedervereinigungsgedanken geleitet (Stöver 1997: 48). Von Seiten der SED konnten Dissidenten teilweise sogar eine gewisse Liberalität erwarten, was auf Gründen des internationalen Rufes der DDR basierte.

Eine explizit auf den politischen Protest in der DDR bezogene Kategorisierung gibt Neubert (1998), wobei diese sich eindeutig auf ‚politische Gegnerschaft‘ bezieht. Diese unterscheidet sich per Definition von den oben genannten Kategorien der ‚Nonkonformität‘:

Als Gegnerschaft kann nur der gesuchte und gestaltete Konflikt mit den Herrschenden gelten. Wegen der Kontrolle aller Machtmittel durch die SED und des Fehlens geregelter Verfahren im Interessenkampf mussten Gegner für eine erfolgversprechende Politik Risiken und Möglichkeiten ausloten und ihre Mittel und Ziele bestimmen. Die verschiedenen Optionen für politische Strategien und Themen haben ganz und gar unterschiedliche, bisweilen sich ausschließende Typen politischer Gegnerschaft mit unterschiedlicher Reichweite und Wirksamkeit hervorgebracht (Neubert 1998: 27).

Politische Gegnerschaft in der DDR gliedert Neubert in ‚Opposition‘, ‚Widerstand‘ und ‚politischen Widerspruch‘. ‚Verweigerung‘ und ‚Nonkonformität‘ setzt er hingegen in eine Kategorie, welche „als Restbestand eines bürgerlichen Bewusstseins bewertet oder als Erziehungsaufgabe angesehen [wurden]. Ansonsten wurde jede Gegnerschaft gemäß dem Klassenkampfschema als feindlich beurteilt“ (ebd.).

‚Opposition‘ betrieben Gegner des DDR Regimes, wenn sie auf der Grundlage verbindlicher Normen und verbindlichen Rechts die Machträger zur Einhaltung dieser Normen und Rechtssetzungen zu veranlassen suchten, um deren Macht zu begrenzen (Neubert 1998: 29). Der Autor erkennt in der DDR vier verschiedene Typen von Opposition: (1) Parlamentarische Parteien, welche ansatzweise noch eine parlamentarische Opposition darstellten; (2) Kirchen, welche die einzigen nicht gleichgeschalteten Organisationen darstellten und durch Verfassung formal geschützt waren; (3) Sozialethisch orientierte Gruppen, welche Anfang der achtziger Jahre nahezu alle kritischen Potentiale, einschließlich marxistischer SED Kritiker, aufnahmen und im Rechtsraum der Kirche agierten; und (4) die Politische Opposition, welche ab Sommer 1989 als Ergebnis der von den Kirchen getrennten Gruppen in Erscheinung traten (Neubert 1998: 29 f.).

Diese Formen der Opposition agierten in einem offiziell legalen Raum, auch wenn diese ‚Legalität‘ von Seiten des Staates mit starker Willkür behandelt wurde. Wie weiter unten noch ausgeführt wird ist hier besonders die Kirche anzusprechen, deren Agieren auf dem relativ stabilen Kirchenrecht basierte. Zwar wollte die Kirche selbst keine aktive Opposition sein, dennoch stellte sie ihre geschützte Sphäre anderen Gruppen zur Verfügung.

Gerade der Begriff Opposition ist im Zusammenhang mit Protest in der DDR viel genannt. Wie er sich jedoch angesichts der DDR Realität gestaltete zeigt ein Zitat über die Friedensgruppen im Raum der Kirche:

Von staatlicher Seite ist in der DDR oft der Vorwurf zu hören, in den Friedensgruppen sammelten sich oppositionelle Elemente. Mit diesem Sprachgebrauch ist dann mehr gemeint, als der Begriff ‚Opposition‘ besagt. Opposition heißt hier: Staatsfeind. Möglicherweise steht dahinter auch die Assoziation ‚bürgerlichen‘ Sprachgebrauchs, wonach Opposition die Machtübernahme anstrebe ... Worum es ihnen [den Friedensgruppen, D.M.] geht, ist eine von staatlicher Reaktion unterschiedliche Reaktion auf konkrete politische Bedingungen und sie Suche nach politischen Alternativen zum Wohl des Staates und der Menschen ...“ (Meckel, Gutzeit 1994; zit in Neubert 1998: 380).

Von Opposition unterscheidet Neubert im weiteren ‚Widerstand‘, welche sich nicht in den legalen Handlungsräumen bewegten. Widerstand zielte auf eine Schwächung, Beseitigung oder öffentliche Diskreditierung der SED Macht hin, implizierte eine demokratische Alternative, hielt sich nicht an Normen des Staates oder der Kirchen und musste seine Aktionen nicht vor ihren Gegnern legitimieren. Direkte oder indirekte Gewalt war somit nicht ausgeschlossen und die Konfrontation mit der SED war weitgehender und entschlossener (Neubert 1998: 31 f.). Auch hier werden durch den Autor vier Typen des Widerstandes in der DDR genannt:

- *Spontane Massenaufstände*: maßgeblich in den Jahren 1953 und 1989, wobei große Teile der Bevölkerung auf unerträglich gewordene Differenzen zwischen gesamtgesellschaftlichen Interessen und der Politik der SED reagieren; es verbanden sich politische, soziale und nationale Forderungen mit dem Ergebnis der westdeutschen Alternative; die Haltung der sowjetischen Macht hatte einen großen Einfluss auf das Ergebnis;
- *Unterdrückte soziale Milieus*: aus politischen Parteien und Organisationen heraus gebildet, diese besaßen keine legale Möglichkeit, ihre Interessen weiter zu vertreten;
- *Widerstandshandlungen einzelner Personen*: wurden konspirativ vorbereitet und zuweilen mit Gewalt verbunden, traten gehäuft in Zeiten politischer Krisen auf, wie 1968, Menschen gingen hohe persönliche Risiken ein, auch Verzweiflungsakte, und stellten Reaktionen auf den Verlust der sozialen, kulturellen oder religiösen Identität dar;
- *Flucht und Ausreise*: erhebliche Risiken, Interessenkonflikte zu restlicher Opposition

Eine dritte Kategorie politischer Gegnerschaft in der DDR sieht Neubert im ‚politischen Widerspruch‘. Diese definiert sich als bewusste politische Abweichung, welche weit entfernt von organisierter Opposition ist und unterhalb der Schwelle des Widerstandes agiert. Zwei Merkmale des politischen Widerspruchs scheinen wichtig: Zum einen, dass dieser nicht an politischen Alternativen interessiert war und zum anderen, dass politischer Widerspruch die (allerdings kaum kalkulierbaren) Risiken minimierte.

Politischer Widerspruch äußerte sich in drei Typen: (1) Widerspruch innerhalb der SED, von einzelnen oder von Gruppen, wenn die politischen Rahmenbedingungen das eingegangene Risiko zu minimieren oder auch den Erfolg des Widerspruches sicherzustellen schienen; (2) Intellektuelle und Künstler, bezog sich vorwiegend auf die Kulturpolitik, hat eigene künstlerische und sprachliche Formen der chiffrierten Kritik hervorgebracht; und (3) Politischer Widerspruch im Alltag, Kritische Meinungsäußerungen und Protesthandlungen, oft auch beißende Witze, waren direkte Reaktionen auf politische und gesellschaftspolitische Übergriffe (Neubert 1998: 33).

4. Struktur der Opposition in der DDR

Streitpunkte über das Maß der Opposition in der DDR entspringen vielfach dem gewandelten geschichtlichen Verlauf, den die späte DDR durchlief. Eine Erklärung des Zusammenbruchs der DDR sollte also immer auch eine Erklärung für deren lange Stabilität beinhalten (Rink, Pollack 1997: 10). Im Lichte dessen kann man Opposition und Kritik in der späteren DDR eher als einen Wandel in der Zielsetzung denn als Abflauen verstehen.

Wie sich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der späteren DDR änderten, so änderten sich auch die Reichweite, Wirksamkeit und nicht zuletzt die Inhalte der Opposition, des Protests sowie der Kritik in der DDR. So lassen sich thematische Unterschiede der Protestformen in den 70er und 80er Jahren zu denen der 50er Jahre feststellen, welche hauptsächlich mit sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen zu begründen sind. Deutlich wird hier zudem der Gegensatz zwischen den Aufbaujahren und der Honecker-Ära.

Politischer Protest in der DDR der 50er Jahre war von einer Grundsätzlichkeit des Widerspruchs gegen das DDR-Regimes geprägt. Seine Ziele reichten von der Durchführung von freien und geheimen Wahlen, über die Herstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, bis hin zur Ablösung der SED als herrschender Partei (Rink, Pollack 1997: 11). Das heißt in anderen Worten, dass der Fortbestand der DDR für den Protest nicht von Interesse war und damit eher Verschwörungscharakter besaß. Als naheliegenderes Ziel rückte die Wiedervereinigung ins Blickfeld. Dieser Protest basierte auf einer breiten Basis aus traditionellen Milieus, Arbeitermilieus, bäuerlichen und bildungsbürgerlichen Schichten.

Im Gegensatz dazu stellte sich die Situation in den 70ern und 80ern anders. Die DDR hatte sich als ein politisches System weitgehend konsolidiert, seine wirtschaftliche Lage verbesserte sich und die anfänglich breite Unzufriedenheit ging zurück. Honecker nahm mit seinem Machtantritt weitreichende Kredite auf, um auch ein Mindestmaß an Konsumgütern unter die Bevölkerung zu bringen (welche paradoxerweise gleichzeitig den ökonomischen K.O. Schlag für das System bedeuteten). Der Sozialismus wurde in das alltägliche Leben aufgenommen. Es bildete sich eine eigenständige DDR-Kultur heraus, welche ihre höchste Bestätigung im offiziellen Besuch Honeckers in der BRD bekam.

In diesen Jahren änderte sich auch der Protest zum System. Hauptsächliches Ziel war die Herstellung einer breiteren Öffentlichkeit angesichts des massenhaften inneren Rückzugs der Bevölkerung aus der Gesellschaft. Die Schaffung einer staatsunabhängigen Kommunikation und Kultur gegen den umfassenden Machtanspruch der SED war verbunden mit Kritik an den Zuständen der DDR, diese zielten aber auf deren Reform hin. Die Ziele der 50er Jahre rückten deutlich in den Hintergrund, wie auch die personelle Verbindung zum Protest der 50er Jahre verblasste. Rink und Pollack fassen zusammen, dass die „neuen politisch alternativen Gruppierungen der DDR durchaus kritisch gegenüber standen, aber sie rechneten mit ihr, ließen sich auf sie ein, und teilweise identifizierten sie sich sogar mit ihren politischen Idealen. ... Die gemäßigten Formen des Protests trugen den erweiterten Spielräumen und der erhöhten Akzeptanz des Systems Rechnung“ (Rink, Pollack 1997: 11).

Einer solchen systemkritischen Öffentlichkeit stand jedoch die anhaltende staatliche Repression und Kontrolle gegenüber, welche die Herausbildung einer starken Opposition

verhinderte bzw. gänzlich absorbierte. Damit standen der Bevölkerung keine Möglichkeiten offen, ihrem wachsenden Unmut offiziellen Ausdruck zu verleihen. Die staatfindende Kritik am System lebte in privaten Räumen oder in weitgehend voneinander isolierten Oppositionsgruppen, war weit gestreut und konnte ein nur ein schwaches Selbstbewusstsein aufbauen (ebd.). Aus dem nötigen historischen Abstand betrachtet ergibt sich ein Paradox: der Protest der DDR wollte ein politisches System reformieren, was sich selbst nicht reformieren wollte und dies auch nicht zu lies. Letzteres generierte aus konstruktiver Kritik seine eigenen Gegner, ohne das beide Seiten das sein wollten, was der andere von ihnen hielt.

Auch im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern entwickelte sich eine wirkungsvolle Opposition und tiefgreifender politischer Protest in der DDR erst verspätet heraus (Rink 1997: 54). Dafür sind die Besonderheiten der politischen Situation der DDR mit verantwortlich. Zum ersten konnte sich innerhalb der herrschenden SED keine oppositionelle Strömung etablieren, was wahrscheinlicherweise auf die enge personelle Verflechtung der zentralen Führungsclique des Politbüros zurückzuführen ist.

Zum zweiten war die Politik der DDR durch eine starke Abhängigkeit und Fixierung auf die Sowjetunion geprägt. In anderen sozialistischen Ländern saß diese unbedingte Vormachstellung nicht derart tiefgreifend, wie sie sich durch Alliierteneinfluss, Reparationszahlungen und engen personellen Verknüpfungen äußerten (vgl. dazu auch die Instrumentalisierung sowjetischen Einflusses beim Machtwechsel zwischen Ulbricht und Honecker).

Dritter und letzter Punkt ergibt sich schlicht aus der geografischen Lage der DDR. Bis zum Mauerbau 1961 bestand für Oppositionelle und Kritiker immer eine reelle Chance zur Ausreise. Damit entzog den kritischen Gruppen personeller Nachwuchs. Selbst nach 1961 war die Ausreise oder Flucht immer noch eine ernsthafte Größe in der Opposition. Die leichtere Identifizierung mit einem weiteren deutschen Staat und eine umfassendere Abschottung förderten außerdem eine geringere Unterstützung der verbliebenen Oppositionellen durch die Ausgereisten, wie dies etwa in Polen der Fall war.

4.1. Strömungen der DDR Opposition

Vier wichtige Strömungen der DDR-Opposition können sinnvoll voneinander unterschieden werden. Diese sind Kirchengruppen (sozialethisch engagierte Gruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche), Kulturopposition (dissidente Künstler und Kulturschaffende), Reformier (reformerisch eingestellte Kräfte innerhalb der SED) und Ausreisier (bzw. Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR; vgl. Rink 1997: 55).

Kirchengruppen, auf welche weiter unten noch gesondert eingegangen wird, begannen in den 70er Jahren mit der Einrichtung einer ‚offenen Arbeit‘ für Jugendliche ihre selbstständige systemkritische Bewegung. Diese sozialethischen Gruppen unter dem

Dach der Kirche waren hauptsächlich durch Theologen, Theologiestudenten und kirchliche Mitarbeiter geführt, woraus sich ihr theologisch-politischer Charakter als Gegenkultur zur offiziell sozialistischen ableitet (vgl. folgenden Abschnitt zur autonomen Stellung der Kirche in der DDR). Ihr Ansatz war explizit politisch, womit sich diese Gruppen von anderen Strömungen abgrenzten, beispielsweise der Kulturopposition.

Thematisiert wurden in diesen Gruppen umfassende Reformen des DDR Staates, ohne aber einen eigenen Herrschaftsanspruch geltend zu machen. Unter dem Schutz der Kirchenautonomie konnte weiterhin die Kluft zwischen dem von der SED propagierten Ideal und der erlebten Wirklichkeit kritisiert werden. Die Verweigerung demokratischer Mitsprache und Entscheidung sowie das unter Honecker eingeleitete hemmungslose Konsumstreben der ‚Masse‘ konnten hier zur Sprache kommen (Rink 1997: 57). Dennoch beschränkten sich diese Gruppen nicht auf einzelne Fragen, sondern waren von einer thematischen Vielfalt gekennzeichnet sowie einer Vielzahl von Vorstellungen und Zielen. Weitreichendster Inhalt stellte die ‚Friedensbewegung in Friedensstaat‘ dar (Neubert 1998: 356 ff.), welche auch als ein politisches Chiffre diente.

Vielmals litten die Gruppen an ihrer isolierten Stellung und konnten ihre eigenen Erfolge auf grund fehlender struktureller Organisation nur schwer in Zukunftspotentiale umleiten. Selbst eine Einschätzung des MfS kommt zu diesem Schluss. In bezug auf die Lage nach der Rosa-Luxemburg Gedenkfeier 1988 schreibt ein Protokoll: „Durch die gegenwärtige Situation ist erneut zu verzeichnen, dass Widersprüche und Differenzen zwischen den Gruppen überspielt werden (Solidarisierungseffekt). Durch das von anderen Gruppen in der Republik entgegengebrachte Interesse, einschließlich der Teilnahme an Aktivitäten, fühlt man sich einem Erwartungsdruck ausgesetzt, ohne dass bisher Klarheit darüber herrscht, wie weiter vorgegangen werden soll“ (Klier 1992: 101).

Bündnisse oder Verbindungen zu anderen Strömungen waren selten und wenn nur partikular, was nicht zuletzt das Verlassen der schützenden kirchlichen Sphäre erfordert hätte. Auch zu Reformkräften innerhalb der SED distanzieren sich diese Kirchengruppen. Diese wurden allerdings als Mittel instrumentalisiert, um starre Ansichten in der SED aufbrechen zu können (vgl. Rink 1997: 58 f.).

Das schwierigste Verhältnis gestaltete sich innerhalb dieser vier Strömungen zwischen den Kirchengruppen und den Ausreisern. Erstere sahen in der Zusammenarbeit mit diesen eine Gefährdung ihrer Autonomie, obwohl es sich oft um potentielle Gleichgesinnte handelte. Ausreiser bzw. Antragsteller wiederum suchten den Raum solcher Gruppen, um ihrer durch die Antragstellung gewonnenen Unsicherheit in bezug auf die offizielle Reaktion des Staates kompensieren zu können.

Die Kulturopposition gewann ab den 70er Jahren durch eine tolerantere Kulturpolitik an Bedeutung. Basierend auf Freundes – und Bekanntenkreisen um einzelne Künstler fanden

diese ihr Publikum in vielschichtigen Szenen mit explizit nichtpolitischen Charakter. Zu ihnen zählten Rockgruppen und ihr Umfeld, Schriftsteller, Künstler (Maler), Liedermacher und Schauspieler (Rink 1997: 61).

Deutlich grenzten sich diese Szenen von den politischen Aktivisten der Kirchengruppen und Bürgerbewegungen ab, welche ihnen zu theoretisch arbeiteten. Auch das Verhältnis zu Ausreisern war lockerer, da aus den Reihen der Kulturopposition selbst eine Reihe von Ausreisern und ‚Reisekadern‘ entstammten. Die engere Verbindung zu Reformern innerhalb der SED basierte größtenteils auf den persönlichen Interessen, da diese die Ansprechpartner für ihre Arbeit waren.

Die Strömung der SED-Reformer und Linksintellektuellen kann man in zwei Richtungen voneinander trennen: zu einen in linke Kritik, zum anderen in reformerische Vorstellungen. Erstere begrenzten sich auf Diskussionsforen, Zirkel und Arbeitsgruppen in Universitäten und Hochschulen und waren zumeist relativ locker organisiert. Viele ihrer Mitglieder wechselten in der Folge zu den mehr politisch engagierten Kirchengruppen.

Letztere gewannen vor allem mit dem Machtantritt Gorbatschows eine breitere Basis, welcher sich zu einem ‚beeindruckenden Umfang innerparteilichen Widerspruchs in den letzten Jahren der DDR‘ ausbaute (Klein 1994, zit. in Rink 1997: 65). Eine gewichtige Bedeutung erlangte diese interne Kritik aber erst beim Zusammenbruch der DDR:

In der Öffentlichkeit waren die ... Reformerkreise im Prinzip unbekannt, Differenzierungen innerhalb der SED waren von außen so gut wie nicht sichtbar, allenfalls zu vermuten. Diese Vermutungen erhielten durch bestimmte Entscheidungen bzw. das Wirken einzelner Personen von Zeit zu Zeit jedoch immer wieder Nahrung. Der größte Erfolg im Wirken der Reformen aber lag darin, dass die SED im Herbst 1989 handlungsunfähig gemacht wurde (Rink 1997: 65).

Eine Verbindung zu anderen oppositionellen Strömungen fehlte fast völlig und äußerte sich nur durch SED-Mitglieder, welche als Künstler auch in der Kulturopposition mitwirkten. Im ihrem Selbstverständnis hatten solche Strömungen einen Hegemonialanspruch gegenüber der restlichen Opposition, weil sie eine Übernahme der Macht durch andere Gruppen als die der SED als Option nicht anerkannten.

Ausreiser als oppositionelle Strömung hatten wohl die am wenigste intendierte, aber real die gewichtigste politische Bedeutung. Folgt man der ‚Exit‘-These von Hirschmann, so kann man der Massenausreise, wie sie ab 1984 stattfand (innerhalb kurzer Zeit reisten ca. 35.000 DDR-Bürger aus) die höchste Bedeutung für den Umsturz der DDR zuschreiben. Trotz ihrer geringen eigenen politischen Motivation hatten sie zumindest auf die verbleibenden oppositionellen Gruppen einen hohen Einfluss. Es sei dahingestellt, ob dieser bewusster oder unbewusster Natur war.

Die logische Folgerung, dass die massenhafte Ausreise die verbleibenden oppositionellen Kräfte unablässig schwächten, muss man differenzierter betrachten. So schuf die individuell motivierten, aber politisch wirkenden Ausreisen vieler den politisch aktiven Gruppen eine Problemlattform, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Damit erweiterten sich die Handlungsspielräume für oppositionelle und widerständige Gruppen und steigerten Innovationen in der Radikalität und den Formen des Protestes (Rink 1997: 68 f.). Des Weiteren stellte die Ausreise auch eine selektive Auslese dieser Gruppen dar. Es blieben für die weitere Arbeit diejenigen, welche angesichts einer möglichen Ausreise immer noch blieben und an eine Reformierbarkeit der DDR glaubten. Im folgenden Abschnitt soll anhand der Kirchengruppen das Wirken von Nonkonformität als Opposition beschrieben werden.

4.2. Die Rolle der Kirchen in der DDR

Die Kirche der DDR prägte bis zum Mauerfall 1989 (und auch danach) das Bild der DDR Opposition. Bei genauerem Hinsehen stellten aber die politisch alternativen Gruppen die Opposition, die sich im Raum der Kirche versammeln konnten. Hier kommt man zu dem interessanten Fakt, dass die Kirche der DDR in ihrer institutionellen Gestalt weder politische Opposition war noch sein wollte, gleichwohl aber die einzige gesellschaftlich relevante Institution war, welche sich politisch zu Wort meldete (Haspel 1997: 78). Die Kirche bot für Kirchengruppen, kirchennahe Gruppen und sogar kirchendistanzierte Gruppen eine Unterstützung, welche in den meisten Fällen eine Opposition in der DDR erst ermöglichte. Kirchliche Räume wurden zum Diskussionsort für Probleme, die normalerweise in Parlamenten, Bürgerversammlungen und Parteien zur Sprache kommen sollten.

Mit dem Staat als Gegenspieler, denn als Unterstützer war das Selbstverständnis der Kirche der DDR schwerpunktmäßig auf die Erhaltung ihrer Autonomie gerichtet. Seit den 50er Jahren kam es aufgrund antikirchlicher Propaganda zur Minorisierung der Kirche. Die Kirche, gesehen als bürgerliches Glaubensideal, passte nicht in ein sozialistisches System. Durch Druck versuchte der Staat, SED-Mitglieder, Lehrer und andere im öffentlichen Bereich tätige Berufsgruppen zum Kirchenaustritt zu bringen. Zudem wurden Rechte, welche in der Verfassung von 1949 zugesichert wurden anfänglich verweigert (Henkys 1994: 203)

Nach dem Mauer 1961 kommt es zur Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, wobei sie über ein theologisches Programm verfügten, das von vornherein staatliche Eingriffe nicht nur ablehnte, sondern gegebenenfalls auch eine aktive Abwehr begründete. Das Verhältnis Staat zu Kirche in der DDR beschreibt Kleßmann als einen doppelseitigen Lernprozess, in welchem zum einen sich der Staat zu jenem Minimum an Toleranz gegenüber organisierten Andersdenkenden bequemen musste, das in der

Verfassung verankert war, praktisch aber immer wieder unterlaufen wurde. Die Kirche andererseits, wenn sie ihren Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Leben behalten wollte, musste fundamentaloppositionelle Positionen aufgeben und die Eigenständigkeit der DDR und der ‚Kirche im Sozialismus‘ akzeptieren (Kleßmann 1997: 395).

Ihrer ambivalenten Situation wurde die Kirche durch eine theologisch-programmatische Standortbestimmung gerecht. Formal stellte sie sich der Aufgabe, eine Kirche im Sozialismus zu sein. Inhaltlich sollte dies über das bisherige Ideal der Kirchen realisiert werden: Dasein für andere. Wobei letzteres Wort in einem autoritäreren Staat eine höhere Bedeutung annimmt als das erstere, in anderen Worten, eine Kirche für andere. Ihre materielle Unabhängigkeit konnte sie sich durch die Unterstützung westdeutscher Landeskirchen sichern. Jegliche oppositionelle Handlungen im Raum der Kirchen werden durch die Betrachtung des prinzipiellen ‚Ja‘ der Kirche zur intendierten sozialistischen Gesellschaftsordnung leichter verständlich bzw. ihre lange stabile Rolle als ‚Mutter oppositionellen Handelns‘ erklärbar:

Aufgrund ihrer rechtlichen Stellung, die wiederum ihre Wurzeln in der Politik der nach dem Zweiten Weltkrieg für die ‚Ostzone‘ zuständigen Sowjetischen Militäradministration hatte, nahm die Kirche als einzige Institution eine Sonderstellung in der Gesellschaft ein: Die Kirche war der Bereich der Gesellschaft, der als einziger aus dem organisierten Ausbau des Systems herausfiel. In ihrem Raum wurden die Probleme der Gesellschaft, die ansonsten tabuisiert waren, benannt und diskutiert; in ihrem Raum gab es jenen öffentlichen kritischen Dialog, dessen Zulassung die Bürger vom Staat erwarteten Aufgrund ihrer Zwischenstellung zwischen Anpassung und Kritik war sie nicht ausgrenzbar, aber auch nicht integrierbar und wirkte so als Ferment des sozialen Wandels (Findeis, Pollack, Schillig 1994: 228)

Mit diesem gewissen Arrangement mit der DDR Regierung kann man den Kirchen in der DDR die Funktion einer Gegenöffentlichkeit zuschreiben. Ihre eigenständige friedensethische Position verbunden mit dem Bestreben, unter der Schwelle der offenen Konfrontation mit den Machthabern zu bleiben, gleichzeitig aber Kritik deutlich machen, schufen den idealen Schutzraum für oppositionelle Gruppen in der DDR.

4.3. Politisch-Alternative Gruppen im Raum der Kirche

Wie entwickelten sich nun diese Gruppen im Raum der Kirche, welche dann in den 80er Jahren neben der politischen Situation der DDR auch Reaktionen auf die Entwicklung der Industriegesellschaften thematisierten. Krampfhaftes Aufholversuche der Honecker-Regierung stellten ein Wachstum auf Kosten der Umwelt, wie es sich vor allem in den großen Chemie- und Kohlestandorten Buna, Leuna, Espenhain etc. deutlich zeigte.

Die Entwicklung der Kirche als Schutzraum für politisch-alternative Gruppen gestaltete sich vom kleinen zum großen. Den ersten Nonkonformisten mit dem Staat gewährten sie

Schutz, welches stark auf einer persönlichen Ebene stattfand: eine Kirche für andere. Diese anderen waren anfangs Kriegsdienstverweigerer, die angesichts des kalten Krieges verständlicherweise auf ihrer Forderung nach einer Verfassungsgarantie des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen beharrten. Oftmals kamen diese Bausoldaten und Totalverweigerer aus evangelischen Kirchengruppen und schlossen sich in ihrem Anliegen zu ersten pazifistischen Gruppen im Raum der Kirche zusammen.

Aus diesen Verweigerergruppen bildeten sich zahlreiche Friedensgruppen. Zu diesen kommen Intellektuelle hinzu, welche nach der Ausbürgerung Biermanns (1976) im Raum der Kirche politisch aktiv werden. Ergänzt durch Aktionen zur Nichtteilnahme am „Sozialistischen Wehrunterricht“ (1978) und den Auseinandersetzungen mit der Sicherheitspolitik aufgrund geplanter Stationierungen atomarer Mittelstreckenraketen in beiden deutschen Staaten wird aus diesem anfänglichen ‚Schutz für andere‘ schnell eine umfangreiche Bewegung.

Ihr Bezug zum Thema ‚Frieden‘ bleibt erhalten und scheint schon fast paradox als oppositionelles Thema in einem Staat, welcher sich offiziell als Friedenstaat begriff. So fanden seit 1980 die Friedensdekaden ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘ ihren Platz in der Kirche und im Mai 1981 bildet sich die Initiativgruppe „Sozialer Friedensdienst“ mit über 5.000 Unterzeichnern, die um eine Alternative zum Wehrdienst baten. Noch paradoxer wird die Situation, als der Aufnäher „Schwerter zu Plugscharen“ zum Oppositionssymbol avanciert. Dieser zeigt eine ursprüngliche Skulptur der Sowjetunion an die UNO und wurde verboten, weil man das Tragen des Symbols als „Bestreitung der Friedenspolitik der DDR und als Versuch der Schwächung der Verteidigungsbereitschaft angesehen wird“ (vgl. Originaldokumente der Evangelischen Kirchenleitungen, in: Neubert 1998 b: 396)

1982 spitzt sich der Konflikt mit dem Staat im „Berliner Appell“ zu. Inhalt war die Kritik an der SED Friedenspolitik und ein Ruf nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Hier zeigte sich wiederum der Stand der Kirchenleitung, welche nicht bereit war, eine offene oppositionelle Haltung einzunehmen. Dennoch stellte man die Räume zur Verfügung. Im gleichen Jahr gewährt man am 13. Februar mit der Öffnung der Kreuzkirche für ein Friedensforum für 5.000 Jugendliche anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens Schutz vor dem Eingreifen der Sicherheitskräfte.

Beispiele ließen sich noch sehr viele finden, jedoch stellt die Friedensbewegung innerhalb der Opposition der DDR eine der ambivalentesten Erscheinungen dar. Unter einem scheinbar logischen Begriff versteckten sich drei grundsätzliche Ideologien bzw. Ideale:

Der Friedensbegriff der Opposition, der mit Demokratisierung und Aufhebung der Blockkonfrontation unter Einschluss einer möglichen Aufgabe der Eigenstaatlichkeit der DDR verbunden war, mindestens aber die Gewährung von individuellen Freiheits- und Menschenrechten an den Friedensbegriff band, blieb in den achtziger Jahren in den wichtigsten Teilen der Opposition bestimmend und stand somit im scharfen Gegensatz zur

Friedensideologie der SED. Er war auch nicht mit dem Selbstverständnis des sogenannten kirchlichen Friedenszeugnisses vermittelbar. Die staatsloyalen Kirchenvertreter die die Befriedigung des Staat-Kirche-Verhältnisses anstrebten, konnten und wollten den innenpolitischen Konflikt in der Friedensfrage nicht schüren, sondern gingen den Umweg der Hoffnung auf eine außenpolitische Entschärfung und Entspannung (Neubert 1998: 378).

In dieser Friedensbewegung kommt es in den achtziger Jahren immer mehr zur Frage, die DDR zu unterstützen oder nicht. Wie Neubert weiter feststellt zeigt sich hier das „Dilemma einer Opposition, die sich nur systemimmanent entfalten konnte, aber indem sie das tat, selbst vor der unausgesprochenen Frage stand, was wohl von einer DDR übrigbleiben würde, die sich demokratisch reformierte“ (ebd.: 379).

Gemeinsames Merkmal aller unterschiedlichen Themen war ihr gemeinsam feststellbarer Bezugspunkt, die DDR-Gesellschaft: „Das es also zu einer Verbindung der unterschiedlichen Themen und damit zusammenhängend zu einer Radikalisierung des politischen Engagements der alternativen Gruppen kam, hatte seinen entscheidenden Grund darin, dass alle von dem Gruppen behandelten Probleme auf eine Ursache zurückgeführt werden konnten: auf die Verteilung der politischen Macht in der DDR. Insofern waren die politisch alternativen Gruppen ein DDR-typisches Phänomen, das mit dem Untergang der DDR in eine ernsthafte Existenzkrise geraten musste“ (Findeis, Pollack, Schillig 1994: 240).

4.4. Beweggründe Einzelner, in politisch-alternativen Gruppen aktiv zu werden

Inwieweit sich nonkonformes Handeln als Opposition in der DDR ausdrückt zeigt die Untersuchung von Einzelfällen. Dabei spielt die Motivation, welche Einzelne zur Mitarbeit in den politisch-alternativen Gruppen unter dem Dach der Kirche hatten, eine aufschlussreiche Rolle. In einer Studie untersuchen Findeis, Pollack, Schillig u.a. (1994) in qualitativen Interviews den Verlauf der politisch-alternativen Gruppen und deren heutige Bedeutung.

Als charakteristische Voraussetzungen des politisch-alternativen Engagements stellt Elvers darin (in Findeis, Pollack, Schillig 1994: 223) vier Faktoren heraus: (1) Betroffenheit durch gesellschaftliche Probleme und Missstände; (2) hohe gesellschaftliche und politisch-moralische Ideale; (3) Erfahrungen der Bevormundung und Begrenzung durch das administrative politische System; und (4) Erlebnis von politischen und gesellschaftlichen Alternativen zum real existierenden Sozialismus. Aber auch weniger tiefgreifende Lebensereignisse bzw. Umstände führten zum politisch-alternativen Engagement in der DDR:

Neben der Kirche als bedeutsamer Sozialisationsinstanz ist auch hinzuweisen auf die Rolle der westlichen Medien, Radio und Fernsehen, auf Lektüreerfahrungen, auf den persönlichen

Kontakt zu Menschen mit anderen Werten und Anschauungen als den in der Schule und den anderen staatlichen Bildungsinstanzen und gesellschaftlichen Organisationen vermittelten und damit nicht zuletzt auch auf das Vorbild der alternativen Szene selbst. Begegnungen mit Andersdenkenden, die Erfahrung einer Fülle der Lebensmöglichkeiten, Zugang auch zu Literatur, kultureller und geschichtlicher Bildung – all das waren Voraussetzungen für das Entstehen einer eigenen, unangepassten, selbstbestimmten politischen Haltung (Elvers, in Findeis, Pollack, Schillig 1994: 229).

Motivationen zur führenden Mitarbeit in diesen politisch-alternativen Gruppen basierte auf einer Bejahung von gesellschaftlichen Idealen, Utopievorstellungen und Werten. Eine gleichzeitig verspürte Diskrepanz zwischen diesen Idealen und der erlebten Wirklichkeit baute einen Wunsch nach Veränderung auf, welchem keine staatsoffiziellen Engagementsalternativen gegenüberstanden. Vier Motivationsformen lassen sich identifizieren.

Erstens sind Sozialismus-Utopien eine starke Motivation für eine Mitarbeit in politisch-alternativen Gruppen gewesen. Durch Elternhaus, Schule, aber auch durch die 68er Studentenbewegung in Westdeutschland und die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika vermittelt und bestärkt, scheiterten diese Ideale an der erlebten Wirklichkeit: „Wir waren beeinflusst von den Ideen der 68er Studentenbewegung. Wir waren damals sehr links und für einen Sozialismus, aber wir haben schon die Diskrepanz damals gesehen ... zwischen dem sozialistischen Anspruch, den wir hatten, und der Realität ...“ (Ulrike Poppe, zit. in Findeis, Pollack, Schillig 1994: 224).

Die zweite, auf der Hand liegende Motivation sind christliche Utopien. Die in dieser Studie untersuchten Mitstreiter politisch-alternativer Gruppen in der DDR stellten sehr differenzierte und selektive Zugriffe auf das Christentum. Man hatte seine eigene, nicht von der Tradition bestimmte Auffassung vom christlichen Glauben und rezipierte die Bestandteile, die einem zusagten: ‚Christsein‘ konnte bedeuten, das man weniger streng nach der Bibel lebt und handelt, sondern viel mehr die Grundtendenzen und Grundaussagen für sich annimmt und versucht, die umzusetzen (Findeis, Pollack, Schillig 1994: 226). Hier liegt die Schlussfolgerung auf der Hand, dass für einen Großteil dieser Gruppen der christliche Glauben ein alternatives Ideal bot, welches man aber nicht voll auszuleben bereit war. Dies schließt sich mit der dritten Motivationsform, welche von Elvers als Konvergenz christlicher und sozialistischer Vorstellungen bezeichnet wird.

Dieser auf den ersten Blick unvereinbare Mix von ideellen Inhalten basierte beiderseitig nicht auf den real existierenden und traditionellen Formen: die Begriffe „christlich“ und „sozialistisch“ erfüllten dabei mitunter die Funktion von Variablen, denen mehr oder weniger nach Gutdünken allgemeine sozialetische Inhalte zugeordnet wurden (ebd.). Unter „sozialistisch“ verstanden die Interviewten soziale Gleichheitspostulate, humanistische Optionen (Gerechtigkeit, Frieden, soziale Gemeinschaft, Solidarität unter

Völkern) sowie die Auflösung des Konkurrenzprinzips in der Wirtschaft als Lösung der globalen Probleme. Unter „christlich“ projizierten die Interviewten transzendente göttliche Gerechtigkeit auf die irdischen Verhältnisse, mit einem starken Bezug auf Elemente der lateinamerikanischen Befreiungstheologie (ebd.).

Als vierte Motivationsform kamen Repressionserfahrungen eine hohe Bedeutung zu. Wenn die Möglichkeiten individueller Selbstverwirklichung an Grenzen stoßen, dann erfolgt der Versuch kollektive Güter zu erreichen. Wie sich solche Repressionserfahrungen in der Realität äußerten, zeigt folgendes Zitat:

Existenziell bedrängend erfahrbar war die staatliche Repression in Fällen wie der Exmatrikulation vom Studium, ... und im unfreiwilligen Abbruch der beruflichen Laufbahn. ‚Was ich ein bisschen bedauerlich fand, war immer, dass es eigentlich mehr oder weniger Außenseiter waren in der Gesellschaft. Also, die waren alle schon aufgrund ihrer politischen Aktivitäten meistens aus ihrem Beruf rausgeflogen oder konnten nicht studieren und hatten also Schwierigkeiten.‘ ... ‚Ja, mein Gott, ich hatte Berufsverbot.‘ ... ‚Ich habe Physik studiert, habe dann elf Jahre in der Halbleiterindustrie gearbeitet ... Danach bin ich in die Mühlen hineingeraten, zum Zeitpunkt der Biermann-Ausbürgerung, dass ich in meinem Beruf nicht weiterarbeiten konnte. Ich habe dann in einer Schwimmhalle als Maschinist gearbeitet und dann in einem Baubüro im kirchlichen Bereich‘ (Findeis, Pollack, Schillig 1994: 229).

Eine Abhängigkeit konnte bei den Interviewten festgestellt werden dahingehend, dass je mehr Repressionserfahrungen erlebt wurden, desto größer das politische Engagement sich gestaltete.

Abschließend sei noch der interessante Fakt eingefügt, dass das Verhältnis der Mitstreiter dieser politisch-alternativen Gruppen zur Kirche selber nur pragmatisch war. Persönliche Kontakte bestanden eher zur kirchenunteren Ebene als zu leitenden Stellen und auch diese Kontakte beschränkten sich auf die unmittelbar ansprechbaren Kirchenmitarbeiter. Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Kirche mehr oder weniger lediglich als Mittel zur Opposition diente, denn als voll identifizierte Ideologie.

5. Umweltbibliothek Berlin

Die typische Entstehungsgeschichte und die Art und Weise oppositionellen Handelns in solchen Gruppen soll hier am Beispiel der Umweltbibliothek Berlin nachvollzogen werden. In ihrer Beständigkeit wurde die Umweltbibliothek Berlin zum öffentlichen Symbol für den Erfolg von Widerstand gegen das DDR-System.

Ihre ideelle Vorgeschichte fand die Umweltbibliothek Berlin in der Tradition der osteuropäischen fliegenden Universitäten, welche sich als alternative Bildungseinrichtungen in Privatwohnungen etablierten. Die in Privathaushalten zahlreich vorhandenen Bücher zu ökologischen Fragen sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, gleichzeitig sollte ein Raum zum Diskutieren und gegenseitigen

Informieren gegeben werden, wobei die Idee zu einer solchen Bibliothek schon seit Ende der 70er Jahre existierte. Generell stellte dies einen Versuch dar, mittels Information aus allen vom Regime tabuierten Bereichen das staatliche Informationsmonopol zu brechen.

Unter dem verschärftem Sicherheitsregime in der DDR konnte eine solches halböffentliches Lese-, Vortrags und Ausstellungszentrum nur im Freiraum der Kirche verwirklicht werden. Pfarrer Hans Simon aus der Zionskirchgemeinde in Berlin begeisterte sich für das Projekt und stellte im Pfarr- und Gemeindehaus Kellerräume zur Verfügung. Die Umweltbibliothek Berlin konnte damit am 02. September 1986 gegründet werden.

In der Bibliothek konnten in einer Präsenzbibliothek Bücher, Broschüren, Infohefte zu verschiedenen Themen gelesen werden. Der Bestand umfasste bald 500 Bücher und Broschüren, davon 2/3 aus dem nichtsozialistischen Ausland (Moritz 1997: 211).. Die UB-Galerie war ein Ausstellungsraum, in dem Gemälde und Plastiken staatlich unterdrückter Künstler zugänglich gemacht wurden. In den gleichen Räumen fanden auch Vorträge, Videovorführungen und Konzerte statt. Die halblegale Zeitschrift "Umweltblätter" wurde bis 1989 das bedeutendste und verbreitetste Informationsblatt der DDR-Opposition - wegen der nur zur Verfügung stehenden veralteten Drucker in einer winzigen Auflage von zuletzt 5000 Exemplaren.

Die Themen solcher Veranstaltungen drehten sich meist um Friedens- und Umweltthemen, aber auch um grundsätzliche Fragen der DDR-Tagespolitik. So konnte man nach 1989 die Schilderung des MfS wie folgt lesen: „die Bezeichnung „Umweltbibliothek“ ist lediglich eine Tarnung für die grundsätzlich verfassungsfeindliche Ausrichtung des Zusammenschlusses“ (Moritz 1997: 211). Der Druck der „Umweltblätter“ erfolgte unter dem schützenden Zusatz „Innerkirchliche Information“ und wurde über mehr als 100 Postfächer zusammen mit anderen Informationsmaterialien DDR-weit weitergegeben. Die Räume der Umweltbibliothek Berlin wurden auch von anderen Oppositionsgruppen genutzt und zahlreiche Kontakte zu Oppositionsgruppen in anderen osteuropäischen Ländern und in Westdeutschland aufgebaut.

Bekannt wurde die Umweltbibliothek Berlin in der ganzen DDR durch die Zionsaffäre, als die Staatssicherheit in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 1987 die Einrichtung überfiel und einige Mitarbeiter verhaftet wurden. Das MfS schreibt, dass es „sieben Personen auf frischer Tat bei der Herstellung staatsfeindlicher Schriften ertappt“ (Moritz 1997: 212). In einer landesweiten Solidaritätskampagne, begleitet von internationalem Medienecho gelang es, die Mitarbeiter zu befreien. In der Folge gewann die Umweltbibliothek Berlin durch diese Aktion an Bedeutung.

Organisatorische Änderungen, die gesamtpolitische Entwicklung und interne Gruppendynamiken wandelten die Trägerschaft zu einer festen Gruppe, um sich so vor

„Spitzeln“ zu schützen, was (im nachhinein feststellbar) aber bereits zu spät war. Nach der Wende schrumpft die Bedeutung der Umweltbibliothek Berlin und im Jahre 1998 wird diese aufgelöst.

Bedeutende Ausdrucksformen der oppositionellen Arbeit in der Umweltbibliothek Berlin waren zum einen der Ausbau personeller Netzwerke zur Verbreitung ihrer Informationsmaterialien und zur Kontaktpflege. Aber auch eindrucksvolle Mahnwachen, gemeinsame Erklärungen gegen die Aktionen der Sicherheitsdienste sowie Gottesdienste in und vor der Zionskirche repräsentieren die weithin für die letzten Jahre der DDR prägenden Ausdrucksformen oppositionellen Handelns.

Weiterhin gibt das Beispiel Aufschluss darüber, dass die Umweltbibliothek Berlin nicht nur als politische Gruppe für ihre Mitglieder wichtig war, sondern auch als Freundeskreis unter Gleichgesinnten emotional wichtig erschien. Dies in Verbindung mit der Notwendigkeit nach Konspiration führte zu einer gewissen Schließung nach außen, wiederum mit den Folgen einer thematischen und personellen Entwicklungsstarre (Moritz 1997: 230).

6. Zusammenfassung

Über die Beschreibung der Entstehung und der Leistungen von Normen wurde Opposition und Widerstand als politisch nonkonformes Verhalten mit den oppositionellen Handlungen in der DDR in Beziehung gesetzt. Anhand theoretischer Betrachtungen und der Betrachtung von Einzelbeispielen wurde die Struktur oppositionellen Handelns beschrieben.

Die DDR als Staatssystem mit einer extremen Furcht vor jeglicher Kritik setzte schnell Nonkonformität mit Staatsfeindlichkeit gleich. Ein Abweichen vom Offiziellen bedeutete hier das nicht unterstützen. Innovative Formen der Kritik konnten durch das interpretative Schaffen vermeintlich existierender Normen als Nonkonformität behandelt werden. Beziehungsweise wurden Handlungen in einem anderem Normrahmen als den ursprünglich durch die Handelnden intendierten untergebracht und somit als Nonkonformität auslegbar.

Ein naheliegender Schluss daraus ist, dass Nonkonformität als Protestform in der DDR bewusst oder unbewusst eine höhere und effektivere Bedeutung zukam, als andere Formen aktiven und gezielten Widerstandes. Die angesprochenen politisch-alternativen Gruppen zielten nicht auf eine Abschaffung der DDR als Staat hin. Jedoch in ihrem ständigen Arbeiten auf einer zur offiziellen Politik nonkonformen Art besaßen diese das Potential, aufgestellte Normen zu hinterfragen. In ihrer Vielfältigkeit zeigte diese inhomogene politische Bewegung jedoch, dass „... sie die geistige Freiheit gegen den Verfügungsanspruch des Totalitarismus verteidigt hat. Das bleibt ihr Beitrag zur deutschen politischen Kultur“ (Neubert 1998: 902 f.).

Themen, die dem DDR-System selbst eigen waren, erschienen in einem noch konsequenteren Licht, als es der Staat an sich durchzusetzen vermochte. Opposition und Widerstand in der DDR basierten somit auf einer ihr eigenen Form, der Dissidenz. Diese Eigenheit wird umso deutlicher, als dass die meisten dieser oppositionellen Gruppen mit der Auflösung der DDR auch ihre Existenz beendeten. So resümiert Neubert, dass die Opposition der DDR nach der Wende „... nicht die Muße hatte, um zu sich selbst zu finden. In wenigen Monaten musste sie von den Strategien einer systemimmanenten Opposition zu einem den demokratischen Verhältnissen entsprechenden Politikverständnis finden und war damit überfordert“ (ebd.)

Weiterhin wichtig ist die Folgerung, dass nicht jede nonkonforme Handlung im DDR-Staat als Widerstand oder Opposition einzustufen ist, auch wenn ihr repressive Folgen unterschiedlichen Ausmaßes nachkamen. Sich auf die Nacharbeitung von DDR Oppositionsgeschichte beziehend schreibt Neubert, dass bis in jüngste Zeit „Legenden in Umlauf gesetzt werden, als gäbe es eine für alle gültige DDR-Identität, als wären alle DDR-Bürger eine Gemeinschaft der Gleichen, der gleich Verantwortlichen und gleich Beteiligten gewesen. Die Verlierer, die sich als ‚Sieger der Geschichte‘ wähnten, suchen Entlastung durch die Vergemeinschaftung von Schuld und wollen geschichtspolitisch nachholen, was sie realgeschichtlich nicht erreicht haben“ (Neubert 1998: 15).

Merkel ist der Auffassung, dass in der DDR von einer umfassenden Protestbewegung, die die Handlungsfähigkeit der Solidarnosc oder auch nur die zivilgesellschaftliche Ausprägung Ungarns erreicht hätte, in der DDR bis zum Sommer 1989 nicht die Rede sein kann (Merkel 1999: 419). Diese weniger optimistisch anmutende Einschätzung wirft abschließend die Frage auf, wie dann der im Spätsommer 1989 einsetzende Massenprotest, welcher für den Sturz der DDR Regierung eine grundlegende Bedeutung hatte, überhaupt einsetzen konnte.

Merkels Einschätzung kommt hier zum Schluss, dass individuelles politisches Handeln in aller Regel von der Rationalität des Kosten-Nutzen-Kalküls gesteuert wird und von den Akteuren jene Handlungsalternative gewählt wird, die den größten Nutzen erwarten lässt. In Verbindung mit der Herausbildung einer realisierbaren Systemalternative durch die vorangegangene Massenflucht nahmen DDR Bürger massenhaft das Risiko regimeoppositionellen Protestverhaltens auf sich (Merkel 1999: 426).

Als Fazit bleibt anzumerken, dass Nonkonformität im Lichte der DDR Opposition nur begrenzt die Funktion von Widerstand zukam. Dennoch und vielleicht wichtiger zeigte sich im nonkonformen Verhalten oppositioneller Gruppen der Versuch, ein DDR System zu reformieren, was sich selbst nicht zu reformieren erlaubte. Hier zeigt sich ein ernsthafter Problempunkt, da das Ziel des Protestes, ein reformierter DDR Staat, keine konkrete gedankliche oder reelle Form annehmen konnte.

7. Anhang

7.1. Geschichtliche Eckpfeiler der DDR-Opposition

1961 Bau der Mauer

24. Januar 1962 Wehrpflichtgesetz ohne freie Gewissensentscheidung

1964 waffenloser Wehersatzdienst mit militärischer Ausbildung und Einsatz in Baueinheiten an militärischen Objekten - „Spatensoldaten“; persönliche Nachteile in Ausbildung und Beruf

1968 „Prager Frühling“

1971 Machtantritt Honeckers

1972 Veröffentlichung des Meadows-Berichtes des Club of Rome - Umweltdaten der DDR wurden zur Verschlusssache erklärt

1976 Ausbürgerung Wolf Biermanns

1978 Einführung des Faches „Wehrkunde“ an den allgemeinbildenden Schulen

1979 Nicaraguanische Revolution

1982 neues Wehrdienstgesetz, welches die Mobilmachung von Frauen ermöglichte

1983 Stationierung von Mittelstreckenraketen - Niederlage der Friedensbewegungen - daraus folgt Bedeutungsverlust dieser

1984 Massenausreise - innerhalb kurzer Zeit reisten ca. 35.000 DDR-Bürger aus

September 1986 Umweltbibliothek der Berliner Zionskirche

24./25. November 1987 Verhaftung von sieben Mitarbeitern der Berliner Umweltbibliothek sowie Beschlagnahmung der Drucktechnik

17. Januar 1988 Verhaftung von mehr als einhundert Personen am Rande der alljährlichen Rosa-Luxenburg-Gedenkdemonstrationen

Herbst 1989/Frühjahr 1990 Austrittswelle aus der SED

8. Literaturverzeichnis

- Findeis, Hagen, Pollack, Detlef, Schillig, Manuel (1994). *Die Entzauberung des Politischen: Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden?*. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig.
- Forsyth, D. (1999). *Group Dynamics*. Wadsworth Publishing Company, Belmont.
- Haspel, Michael (1997). 'DDR-Protestantismus und politischer Protest: Politische Diakonie der evangelischen Kirchen in der DDR in den 70er und 80er Jahren,' in: Rink, D., Pollack, D. (Hrsg.). *Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Henkys, Reinhard (1994). 'Die Kirchen im SED Staat zwischen Anpassung und Widerstand,' in: Weber, Jürgen (Hrsg.). *Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur*. Günter Olzog Verlag, München.
- Klier, Freya (1992). 'Aktion 'Störenfried',' in: Schädlich, Hans Joachim (Hrsg.). *Aktenkundig*. Rowohlt, Berlin.
- Marshall, G. (1998). *Oxford Dictionary of Sociology*. Oxford University Press, New York.
- Merkel, Wolfgang (1999). *Systemtransformation*. Leske + Budrich, Opladen.
- Moritz, Thorsten (1997). 'Die Entwicklung der DDR-Oppositionsgruppen nach 1989 - das Beispiel Umweltbibliothek Berlin,' in: Rink, D., Pollack, D. (Hrsg.). *Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Neuberger, Oswald (1985). *Individuelles Handeln und sozialer Einfluss*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Neubert, Ehrhart (1998). *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*. Bundeszentrale für politische Bildung, Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Neubert, Ehrhart (1998 b). 'Kirchenpolitik,' in: Judt, Matthias (Hrsg.). *DDR-Geschichte in Dokumenten: Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Rink, D., Pollack, D. (Hrsg.) (1997). *Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Rink, Dieter (1997). 'Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformen: Zu Differenzen und Gemeinsamkeiten in Opposition und Widerstand in der DDR in den 70er und 80er Jahren,' in: Rink, D., Pollack, D. (Hrsg.). *Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Stöver, B. (1997). 'Leben in Deutschen Diktaturen,' in: Rink, D., Pollack, D. (Hrsg.). *Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.